



## Positionen und Forderungen zum Thema Flucht und Mig- ration

### Ihre Ansprechpartner:

Caritasverband für die Erzdiözese Frei-  
burg e.V.

Lena Böhme

Telefon: +49 761 8974-136

E-Mail: boehme@caritas-dicv-fr.de

Caritasverband der Diözese Rottenburg-  
Stuttgart e.V.

Joachim Glaubitz

Telefon: +49 711 2633-1424

E-Mail: glaubitz.jo@caritas-dicvrs.de

---

### Arbeit, Bildung und Qualifizierung

---

#### **Förderung bzw. Installation kommunaler Strukturen zur Integration in den Arbeits- markt und zur Qualifizierung und Bildung von Geflüchteten**

Aus der Altersstruktur und der Verteilung der Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen ergeben sich kommunale Handlungsnotwendigkeiten, die sich vor allem auf die Herausforderung der Integration in das Bildungssystem, die berufliche Qualifikation und die Integration in den Arbeitsmarkt beziehen.

Die primäre Tätigkeit der Kommunen bei der Vermittlung in Beschäftigungsverhältnisse betrifft meist die Vernetzung relevanter Akteure des Arbeitsmarktes. Neben dieser koordinierenden Tätigkeit, können aber auch kommunal finanzierte Programme aufgelegt werden, welche meist der Sprachförderung oder der Initiierung von „Lotsen- oder Patenschaftsprojekten“ dienen.

Nicht zuletzt ist es von großem Nutzen wenn sich Kommunen auch an Projekten mit freien Trägern, Agenturen für Arbeit oder Jobcentern beteiligen, die die Erfassung von Kompetenzen, die Beratung und die Qualifizierung von Flüchtlingen forcieren

#### **Intensive Förderung frühkindlicher Bildung**

Als Prämisse und von größter Bedeutung für alle Menschen in einer Kommune steht die Verfügbarkeit ausreichender Kita und Kindergartenplätze. Die Kommunen sind an dieser Stelle gefordert, ausreichend und zeitnah Plätze zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass aufgrund des verfügbaren günstigen Wohnraums, geflüchtete Familien häufig in Stadtteilen leben, die bereits einen hohen Anteil von Personen mit einem Migrationshintergrund aufweisen. Dies fördert sozialräumliche Segregation, welche sich wiederum vor allem auf das sprachliche Niveau in den Kitas dieser Stadtteile niederschlägt.

Aus diesem Grund muss es Teil des kommunalen Wohnungsmanagements sein, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern.

Ein weiteres Problem besteht in der Information der Eltern über den Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung durch die Kommunen. Einige Kommunen setzen demnach bewusst

auf eine kulturbedingt geringere Nachfrage bei Geflüchteten, was mit einer passiveren Informationspolitik über den Rechtsanspruch auf Frühförderung einhergeht.

Dagegen ist eine aktive Informationspolitik und Förderung der Nutzung der Angebote vor dem Hintergrund ausreichender Ressourcen zu setzen.

Darüber hinaus stellt das komplizierte Verfahren der Beantragung eines Betreuungsplatzes ein weiteres großes Problem dar, welches für Geflüchtete aufgrund sprachlicher Defizite kaum ohne die Unterstützung von Flüchtlingshelfern zu lösen ist. Diese Situation sollte erleichtert werden, indem das Prozedere vereinfacht und Dolmetscherdienste sowie antragsunterstützende Maßnahmen angeboten werden.

Zur Herstellung frühkindlicher Gemeinschaft und bestmöglicher Förderung aller Kinder ist der Diversity-Ansatz bei der Schulung des Personals zu empfehlen.

---

## Wohnen

### **Bereitstellung ausreichend Wohnraums und Sicherung von Qualitätsstandards zur menschenwürdigen Unterbringung in den Gemeinschafts- und Anschlussunterbringungen von Geflüchteten.**

Die Entscheidung zu dezentraler Unterbringung in Wohnungen oder in Gemeinschaftsunterkünften wird aktuell meist auf Basis politischer Überzeugungen und faktischer Zwänge getroffen. Letztere werden vor allem durch die Verfügbarkeit kommunaler Grundstücke oder Wohnungen sowie durch die allgemeine Lage des Wohnungsmarktes der betroffenen Gebietskörperschaft determiniert.

Aufgrund der meist vorhandenen Unkenntnis des hiesigen Wohnungsmarktes, wird aber nicht nur die Wohnungssuche als solche und damit der zeitnahe Auszug aus dem kommunalen Wohnraum oder aus Gemeinschaftsunterkünften erschwert.

Die Kommune kann diesen Missständen entgegenwirken, indem sie

- Wohnungsmanagement betreibt,
- Wohnraum akquiriert und vermietet sowie
- Konzepte zum Quartiersmanagement unterstützt und fördert.

Um etwaigen Bedenken – vor allem von Seiten privater Vermieter – im Hinblick auf die Vermietung von Wohnraum an Geflüchtete vorzubeugen, kann zum einen die Benennung einer zuständigen Stelle hilfreich sein. An sie können sich Vermieter im Falle von Unsicherheiten oder bei konkreten Problemlagen wenden.

Die genannten Handlungsempfehlungen im Bereich Wohnen setzen jedoch die Verfügbarkeit von ausreichendem und angemessenem Wohnraum voraus. Vor allem in Ballungszentren verschärft sich der ohnehin vorhandene Wohnraumangel durch den verstärkten Zuzug von Geflüchteten. Besonders hier müssen Bund, Länder und Kommunen ihr Handeln weiter intensivieren und neuen Wohnraum für alle Bevölkerungsteile ermöglichen. Der soziale Wohnungsbau ist zu forcieren!

Aber auch in ländlichen Regionen kann Handlungsbedarf bestehen, wenn trotz freier Wohnungen Angebot- und Nachfrage nicht zusammenpassen. Der große Anteil alleinstehender Geflüchteter und der Familiennachzug sorgen für einen erhöhten Bedarf an single- und größeren Familienwohnungen.

Weiterhin müssen Standards von Gemeinschaft- und Anschlussunterbringung installiert und eingehalten werden. Hierbei sollten familiäre, berufliche, gesundheitliche und soziale Aspekte berücksichtigt werden.

## **Beteiligung, Teilhabe und Diversity**

### **Einbezug von Geflüchtete (und natürlich aller anderen Bürger\*innen) in kommunale Dialogplattformen und Beteiligung an kommunale Gestaltungsprozessen**

Beteiligung ist ein entscheidender Schlüssel zur Gestaltung einer lebenswerten Kommune. Damit sich jeder und jede in dem Maß einbringen kann, wie er oder sie das möchte. Braucht es niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten. Die Kommunen sollten Möglichkeiten des Dialogs installieren und fördern sowie Beteiligungsplattformen zur Gestaltung kommunaler Politik einrichten, in denen Geflüchtete sich aktiv in die Kreation ihrer Lebenswelt (sozial, kulturell, ästhetisch, ökonomisch) einbringen können.

- Eine Förderung des Dialogs zwischen Bürger\*innen und Geflüchteten wird aus unserer Sicht außerdem zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort beitragen.
- Weiterhin braucht es die Realisierung einer transparenten Informations- und Gestaltungspolitik der kommunalen Behörden.
- Bestrebungen zur Herstellung eines gemeinsamen Inklusionsverständnisses aller Akteure in einer Kommune oder dem Landkreis müssen unterstützt werden.
- Die bereits vorhandenen ehrenamtlichen Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete muss gefördert werden und die Personalstruktur der Flüchtlingsbeauftragten und Integrationsmanager\*innen muss aufrechterhalten werden.

### **Diversity Orientierung der Verwaltung**

Als Caritas Baden-Württemberg unterstützen und fordern wir den Ansatz einer Diversity Orientierung und vorurteilsfreien Begegnung aller Menschen. Als öffentliche Einrichtung haben auch die Kommunen und Kreise eine Vorbildfunktion in dieser Hinsicht. Sie sollten sich stark machen für:

- Eine Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und Bewusstmachung von Macht- und Diskriminierungsmechanismen (Anti-Bias).
- Den Abbau von Zugangsbarrieren (z.B. Informationen, Formulare, etc. in verschiedenen Sprachen, Beratungsangeboten mit Dolmetscher\*innen, Transparenz zu Aufgaben, Befugnisse und Zugängen der Ämter).

- Die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.

## **Optimierung von Kommunikation und Bürokratie sowie Sichtbarmachung kommunaler Verwaltungsabläufe**

Die Herstellung von Transparenz bei kommunalen Entscheidungsprozessen ist ein wichtiger Baustein um Akzeptanz und Vertrauen bei Bürgerinnen und Bürger herzustellen (z.B. Ausstellung von Reisedokumenten für Schutzberechtigte, Zuweisung im Rahmen der Wohnsitzauflage und Anschlussunterbringung, etc.).

Weiterhin sind Verwaltungsprobleme sichtbar, die aus unterschiedlichen Zuständigkeiten resultieren (z. B. zwischen Sozialämtern, Wohnungsämtern, Ausländerämtern, Jobcentern, den Arbeitsagenturen und den Außenstellen des BAMF). Diese Problemlagen im stark ausdifferenzierten und verflochtenen Verwaltungssystem belasten die zuvor genannten kommunalen Ämter, die Bildungsinstitutionen und freien Träger und damit die erhebliche Anzahl von ehrenamtlichen Helfern in den Flüchtlingsnetzwerken sowie die Geflüchteten selbst ganz erheblich und erschweren die Prozesse der Integration.

In diesem Sinne ist eine Vereinfachung der Bürokratie sowie die Förderung der Kommunikation und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ämter zu fordern.